

Ergebnisse der Demokratiekonferenz vom 22. März 2017

Antimuslimischer Rassismus

Spätestens seit dem Aufkommen von Bragida ist vor allem der antimuslimische Rassismus in der Mitte der Gesellschaft angekommen und ein Schwerpunkt rechter Debatten geworden.

Wie können wir diesem gefährlichen Trend wirksam entgegentreten?

Welche gemeinsamen Strategien und konkreten Maßnahmen sind zu entwickeln?

Wie ist der Ist-Zustand?

- Menschen, die sich mit dem Islam befassen, haben grundsätzlich eine positive Haltung, die größtenteils von Vorurteilen befreit ist.
- Die Prinzipien des Islam sind Frieden und Liebe. Diese Werte geraten durch Minderheiten, wie etwa durch Parolen von Pierre Vogel und die starke Präsenz der ISIS in den Berichterstattungen, in Vergessenheit. Muslime¹ geraten dabei, alle unter einem Kamm geschert zu werden.
- Die Medienberichte sind zu häufig einseitig gestaltet. In der deutschen Medienlandschaft sind weder Frauen mit Kopftuch noch dunkelhäutige Moderatoren vertreten.
- Rassismus existiert auch unter Muslime. So erfahren auch aus Afrika stammende Muslime Diskriminierung aufgrund ihrer Hautfarbe. Auch Begrifflichkeiten wie Islamismus, anstatt Terrorismus begünstigen den Antimuslimischen Rassismus.
- Zwischen den in Deutschland lebenden Muslime und der hiesigen Gesellschaft gibt es viel Diskussionspotenzial. Jedoch wird dieses oft nicht genutzt, da auf beiden Seiten die Offenheit fehlt und womöglich auch manchmal die Angst, bestimmte Thematiken (z.B. Gründe für das Kopftuchtragen) anzusprechen. Entsteht aus diesem Grund eine Parallelgesellschaft?
- Viele Muslime vermischen die Regeln aus dem Koran mit sich durch die Jahre etablierten Traditionen, wie z.B. der Zwangsehe. (Der Koran sieht vor, dass die Frau bei der Eheschließung einverstanden ist. Eine Zwangsehe wird untersagt.)
- Muslime berichteten, dass Sie aufgrund des Tragens eines Kopftuches oder ihren ausländisch klingenden Namen schlechtere Chancen bei der Bewerbungssuche haben.

Welche Einflussmöglichkeiten gibt es?

- Es ist von großer Wichtigkeit, die Abgrenzung von Muslime in der Gesellschaft zu verhindern und größtenteils zu stoppen, um somit eine Parallelgesellschaft zu fördern. Dabei werden vor allem Muslime aufgefordert, sich der hiesigen Gesellschaft zu öffnen und Teilhabemöglichkeiten wahrzunehmen. Gleichzeitig aber gilt es seitens der deutschen Mehrheitsbevölkerung *Integration* nicht mit *Assimilation* gleichzusetzen.
- Medien haben einen großen Einflussfaktor in der Gesellschaft – vor allem das Fernsehen, obwohl sein Ende so oft vorausgesehen wurde. Aus diesem Grund wäre es für die allgemeine gesellschaftliche Akzeptanz von Bedeutung, verstärkt dunkelhäutige Mo-

¹ Im Folgenden wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit ausschließlich die männliche Form benutzt. Es können dabei aber sowohl männliche als auch weibliche Personen gemeint sein.

deratoren und Kopftuchtragende Journalistinnen einzusetzen. Aber auch mit Begrifflichkeiten und Formulierungen (Islamismus, Person mit Herkunft aus... etc.) sollte sensibler umgegangen werden – Wörter haben Macht!

- Bei dem Thema Erziehung sollten (wie beim ELKO-Projekt) Kompetenzen Eltern mit Migrationshintergrund vermittelt werden.

Welche Handlungsschritte können eingeleitet werden?

- Humor ist bekanntlich ein gutes Rezept, um mit Herausforderungen umzugehen. Basierend auf der Comedy-Show von *Rebell Comedy* oder auch YouTube-Kanäle wie *Datteltäter* oder *Rehab und Rania* könnten solche TV-Formate als Türöffner für Aufklärung und Akzeptanz dienen. Somit wären auch mehr Muslime in der Medienlandschaft vertreten und der Zwang der Rechtfertigung, welchen oft von Muslimen gespürt wird (Warum betest du so oft? Warum trägst du ein Kopftuch? Warum fastest du?), könnte aufgelöst werden.
- Eine klare Definition von *Integration* entwickeln und diese leben.
- Eine Beratungsstelle für antimuslimischen Rassismus entwickeln, welche Aufklärung fördert und Abgrenzung vermindert.
- Zusammenkommen, sich austauschen und miteinander ins Gespräch kommen gehören zu den wirkungsreichsten Methoden. Eine interreligiöse Diskussionsreihe könnte Vorurteile abbauen Toleranz fördern und daran erinnern: Wir alle sind Mensch!
- Die Zusammenarbeit der Braunschweiger Moscheen sollte vorangebracht werden, damit auch Muslime Hand in Hand gehen. Aufklärungsarbeit, wie etwa über die Bedeutung des „Islams“ bedeutet (häufige Vermischung von Traditionen entgegenzugehen) leisten.
- Aufklärungsarbeit von allen Weltreligionen bereits im Kindergarten starten!
- Interkulturelle Öffnung voranbringen (Einstellung von Menschen mit Migrationshintergrund voranbringen, Übersetzungen in verschiedenen Sprachen in Behörden, Einfache Sprache von Formularen).
- Arbeitgeber (Stadt, Unternehmen, Lehrer, Sozialarbeiter, Erzieher mit und ohne Migrationshintergrund) sollen sich in Interkultureller Kompetenz weiterbilden, um das gegenseitige Verstehen voranbringen.

Rassismus in Braunschweig am Beispiel des Einlassverbotes in Diskotheken

Wir alle wissen: Rassismus existiert in unterschiedlicher Ausprägung. Im Rahmen der Rassismus-Debatte legt das Einlassverbot in Braunschweiger Diskotheken den Finger in die Wunde und lenkt den Blick auf die Fragen: In welcher Gesellschaft wollen wir leben? Wer gehört dazu – wer wird ausgeschlossen? Wo handeln wir rassistisch? Und wie wollen wir in Zukunft zusammenleben?

Was ist der Ist-Zustand?

- Auch in Braunschweig gibt es immer wieder Beschwerden über diskriminierende Einlasskontrollen in Diskotheken. Der Vorwurf lautet: Menschen werden aufgrund ihrer Hautfarbe, ihrer Herkunft oder ihrem Aufenthaltsstatus und weiterer rassistischer Merkmale nicht eingelassen.
- Aktuelles Beispiel, Februar 2017: In der Diskothek „Schwanensee“ wurden drei jungen Männer ohne deutschen Pass nicht reingelassen.
- Alltagsrassismus ist in Braunschweig alltäglich.

Welche Einflussmöglichkeiten gibt es?

- An welchen Stellen kann man sich in Braunschweig im Falle einer Diskriminierung wenden?
- §11 Abs. 1. Nr. 14 Niedersächsisches Gaststättengesetz begründet, dass es ordnungswidrig ist, eine Person bei der Einlasskontrolle aufgrund seiner Herkunft, seiner Religion oder seiner Staatsangehörigkeit zu benachteiligen.

Welche Handlungsschritte können eingeleitet werden?

- Vorschlag vom Bündnis gegen Rechts: Gründung eines Runden Tisch gegen Diskriminierung an der Diskothekentür. Dabei eingebunden sollen u.a. die Stadtverwaltung, Betroffene selbst, engagierte Gaststättenbetreiber, Migrantenselbstorganisationen und die Flüchtlingshilfe.
- Die Einrichtung einer „Antidiskriminierungsstelle für Alltagsrassismus“, bei der u.a. Betroffene betreut, Türsteher geschult (z.B. interkulturelle Kompetenz) und Clubbetreiber aufgeklärt werden können. In der Bundesrepublik sowie auch in Niedersachsen gibt es bereits mehrere Antidiskriminierungsstellen, an dessen Beispiel sich Braunschweig orientieren kann.
- Außerdem von Bedeutung ist die Bekanntmachung solcher rassistischen Einlasskontrollen und eine klare Bekennung seitens der Stadtverwaltung (Ordnungsamt). Auf diese Weise wären die Clubbetreiber dazu gezwungen, Stellung zu den Vorfällen zu nehmen und sich mit der Problematik zu beschäftigen.

„Hate speech“ – Umgang mit Hass im Internet

Angriffe auf die Würde eines Menschen beginnen im Kopf, beginnen mit Worten. In Tweets, Kommentaren oder Blogs werden zumeist ganze Bevölkerungsgruppen pauschal abwertet, etwa wegen ihrer Herkunft oder Hautfarbe, ihres Glaubens oder ihrer sexuellen Identität - ein Angriff auf den Grundkonsens unserer Gesellschaft. Häufig bleibt es nicht bei Hassreden, oft sind Worte die Vorstufe von Taten geistiger Brandstiftung.

Was können wir gegen den Hass im Internet tun?

Rückmeldung zur Arbeitsphase: Das Ziel der Arbeitsphasen, Projektansätze zu entwickeln, konnte nur bedingt umgesetzt werden. Die Zeit (45 Min.) war für dieses Vorhaben zu knapp und viele Teilnehmer*innen sind mit der Erwartung am Tisch gewesen, neue Informationen zum Thema „Hate Speech“ zu erhalten und weniger ihre eigenen Ressourcen einzubinden (d.h. als Träger Anträge zu diesem Thema zu stellen).

Wie haben Sie Hate Speech erlebt/ beobachtet?

- An eigener Person, Fokus von Hate Speech gewesen
- Hasskommentare in den Kommentarfeldern der lokalen Zeitungen gelesen
- Innerhalb einer WhatsApp Gruppe miterlebt
- Anfeindungen gegenüber dem (sozialen) Träger, wo man arbeitet
- Als Veranstalter*in Bedrohungen über die sozialen Netzwerke erhalten
- Bei Klienten, die mit einer Anti-Haltung in Beratungsgesprächen oder anderen Kontexten vor Ort waren
- Bei Schüler*innen die Verlagerung von Online Bedrohungen in den Alltag beobachtet
- Eine Kollegin ist durch einen Artikel in der BZ in den Fokus geraten, es gab heftige Reaktionen, die sie sehr schockiert haben

Zusammenfassend kann man sagen, dass unterschiedliche Erfahrungen der Teilnehmer*innen vorlagen. Von der Motivation, dass man unbedingt auf Hasskommentare reagieren muss und Verantwortung übernehmen muss bis hin zu der Resignation, dass ein oder sehr wenige positive Kommentare nicht gesehen werden. Oft begleitet sie ein Gefühl, dass sie alleine mit einer differenzierten Haltung sind und die überwiegende Mehrheit eine Anti - Haltung vertritt, die ihr Wissen ausschließlich aus Facebook o.ä. sozialen Netzwerken entnehmen und diese Meinung allen anderen überstülpen möchten.

Haben Sie etwas gegen Hate Speech unternommen?

- Ein paar Teilnehmer*innen reagieren auf bestimmte Kommentare, es werden unterschiedliche Formen von Antworten gewählt (beispielsweise Humor, Zahlen und Fakten, Sarkasmus etc.)
- Es gab Anwesende, die die Kommentarspalten ausblenden und sich die Beiträge nicht mehr durchlesen
- Im realen Leben werden Gespräche mit den Personen gesucht, die Hasskommentare verbreiten. Es werden konkrete Gegenfragen gestellt und versucht auf die Bedürfnisse einzugehen.

Haben Sie Handlungsstrategien entwickelt, damit umzugehen?

- Daten und Kommentare wurden gesichert, damit diese strafrechtlich verfolgt werden konnten. Es wurden anschließend Anzeigen bei der Polizei gestellt, der Erfolg war meist schwierig zu verfolgen
 - Auf den Seiten der sozialen Netzwerke wurden Hasskommentare gemeldet, ist jedoch mit wenig Erfolg verbunden
 - **Im realen Leben hat man sich mit den Betroffenen solidarisiert. Sie zu stärken und ihnen zu zeigen, dass sie nicht alleine sind, ist enorm wichtig**
 - **Die Themen, die in den Kommentarfeldern immer wieder auftauchen, sollten im realen Leben diskutiert und von unterschiedlichen Perspektiven betrachtet werden**
 - **Fortbildungen und Seminare mit dem Thema „Hate Speech“ und den Umgang mit Medien (Medienkompetenz) sollten Jugendlichen als auch Erwachsenen angeboten werden**
 - **Die negative Stimmung in den Kommentarfeldern muss gekippt werden (beispielsweise sollten positive Kommentare ein „Like“ bekommen)**
-
- ➔ **Ansätze und Ideen für Projekte, die im Rahmen von Demokratie leben umgesetzt werden könnten. Der Jugendring hat Interesse geäußert, diesbezüglich weiter zu denken.**
 - ➔ **ARUG/ ZDB hat Interesse als Kooperationspartner mit eingebunden zu werden**

Empowerment –eine Voraussetzung für Teilhabe: Wie kann sie gelingen?

„Gleichberechtigte Teilhabe“ gehört zu den Kernforderungen von Organisationen sog. gesellschaftlicher Minderheiten. Selbstbefähigung und Stärkung von Kompetenzen sind ein Weg, Chancen für die Teilhabe auf allen Ebenen der Gesellschaft für diejenigen zu ermöglichen, die bislang wenig beteiligt sind. Was bedeutet das für unsere tägliche Arbeit? Welche Strategien, Maßnahmen und Handlungsansätze brauchen wir zum Empowerment, damit das für alle besser gelingt?

Was ist der Ist-Zustand?

- Gruppen, die wenig Empowerment erfahren, sind z.B. Obdachlose, Hartz IV-Empfänger, zugewanderte Erwachsene; Menschen, die das deutsche Bildungssystem nicht kennen. Diese Gruppen sind stark von Stereotypen und Klischees behaftet.

Welche Einflussmöglichkeiten gibt es?

- Vision: Die Rahmenbedingungen der jeweiligen von Empowerment benachteiligten Gruppen verändern und somit die Offenheit der Gesellschaft fördern.
- Stärkung eines umfassenden Empowerments, ohne jedoch zu patronisieren, ohne zu entmündigen!
- Problem: Wie können Einflussmöglichkeiten und Handlungsschritte entwickelt werden, ohne selbst in der Lage der betroffenen Gruppen zu stecken?

Welche Handlungsschritte können eingeleitet werden?

- Empowerment soll zielgruppenorientiert (z.B. je nach Ethnie) ausgeübt, jedoch auch interaktiv und interkulturell eingesetzt werden.
- Empowerment bedeutet: Hilfe zur Selbsthilfe! Förderung der Selbst-Aktivität! Die Künste, wie z.B. das Theater, bilden dafür einen geeigneten Zugang.
- Welche Projekte laufen in der Stadt? Eine Übersicht der Empowerment-Ansätze soll z.B. auf der Homepage von „Demokratie Leben!“ hergestellt werden, um Parallelangebote zu vermeiden.
- Interaktive und interkulturelle Begegnungen schaffen, um sich auf diese Weise für die Bedürfnisse der betroffenen Gruppen zu sensibilisieren. Diesbezüglich sollten kontinuierliche Weiterbildungen für Fachleute/Mitarbeiter ebenfalls angeboten werden.
- Niedrigschwellige Informationsstellen einrichten, z.B. in Sprachschulen oder an anderen Orten, in denen sich die betroffenen Gruppen aufhalten.
- Nach dem Vorbild des „Interkulturellen Sofa des Staatstheaters“: Einen Raum schaffen, in denen sich unterschiedliche Menschen unverbindlich und niedrigschwellig treffen können.
- Thema „Wohnungsmarkt“: Geflüchtete haben Schwierigkeiten, eine Wohnung zu finden. Eine Wohnungsmarktbörse oder anonyme Bewerbungen könnten vorurteilsbasierte Ablehnungen entgegenreten.
- Thema „Herkunftssprache“: Kinder sollen die Chance erhalten, ihre Herkunftssprache in der Schule zu lernen, um sich somit nicht zu schämen, wenn ihre Eltern sie in ihrer jeweiligen Muttersprache anreden.
- Eine Kampagne gegen Stereotypen starten.

Antisemitismus gefährdet unsere Demokratie

Der alltägliche anwachsende Antisemitismus ist nicht nur ein Problem jüdischer Menschen. Antisemitismus gefährdet die Demokratie insgesamt. Wir alle sind angesprochen, zu handeln. In dem Maße, wie eine Gesellschaft Antisemitismus bekämpft, zeigt sie, wie klar sie demokratisches Bewusstsein und demokratische Werte insgesamt zu verteidigen in der Lage ist. Welche Wege müssen wir einschlagen, welche Schritte und Maßnahmen brauchen wir, um gegen den heutigen Antisemitismus anzugehen?

Was ist der Ist-Zustand?

- Antisemitismus wurde in Braunschweig durch antisemitische Schmierereien und Verunstaltung von Gedenkstätten bereits mehrere Male zum Ausdruck gebracht.
- Werden antisemitische Straftaten in der Polizeilichen Kriminalstatistik als solche eingeordnet oder fallen sie in der allgemeinen Akte des Rechtsextremismus?
- Eine ehemalige Lehrerin erinnert sich, dass „Du Jude“ von Jugendlichen als Schimpfwort benutzt wird.
- Der Begriff „Antisemitismus“ stellt eine gewisse Problematik dar, da er stark mit dem Nationalsozialismus verknüpft ist. In diesem Fall werden Juden oft als Opfer angesehen. Im Kontext des Nah-Ost-Konflikts dagegen wird ihnen häufig die Täterrolle zugeschrieben.

Welche Einflussmöglichkeiten gibt es?

- Es gibt bisher wenig Wissen über das jüdische Leben in Braunschweig. Es mangelt an Sichtbarkeit in der Öffentlichkeit. Welche Initiativen und Aktivisten gibt es hier vor Ort, welche Verbände engagieren sich zu diesem Thema auf Bundesebenen?
- Antisemitismus wird als Erinnerungskultur wahrgenommen und nicht mehr als aktuelle Problematik. Außerdem wird das Thema zu oft ohne die Anwesenheit von Juden besprochen. Daher ist es wichtig mit den Betroffenen den Kontakt zu suchen.
- Internationale Verschwörungstheorien nehmen die jüdische Bevölkerung immer wieder in den Fokus. Vor allem im Internet kursieren Texte und Videos, die Unwahrheiten vermitteln. Diesbezüglich ist es wichtig vor allem mit Jugendlichen Bildungsarbeit zu leisten, um ihre Medienkompetenz zu verschärfen.

Welche Handlungsschritte können eingeleitet werden?

Konkrete Handlungsschritte wurden aufgrund der mangelnden Zeit und der komplexen Thematik nicht formuliert. Theaterpädagogische Ansätze in der Bildungsarbeit werden gewünscht, um Rassismen abzubauen. Hinsichtlich des Nah-Ost-Konfliktes ist eine genaue Differenzierung von großer Bedeutung um die Vielschichtigkeit des Konfliktes sichtbar zu machen. Hilfreich dabei ist die sogenannte 3-D Methode um antisemitische Kritik am Staat Israel benennen zu können. Außerdem soll in Braunschweig einen stärkeren muslimisch-jüdischen Dialog gefördert werden.

Es ist bedauerlich, dass Akteure aus der Deutsch-Israelischen Gesellschaft oder der Liberalen Gemeinde Braunschweigs bei der Demokratiekonferenz nicht vertreten waren.

Öffentlichkeitsarbeit für eine demokratische Kultur

Wie können wir die in Braunschweig lebenden jungen neudeutschen Menschen für demokratische Teilhabe mit all ihren Facetten und Effekten gewinnen? Die aktuelle Entwicklung zeigt: Demokratie muss und kann gelernt werden – Social Media können dabei nicht außer Acht gelassen werden. Die Stärkung demokratischer Kultur braucht somit vor allem innovative Lösungsansätze, dazu sind Ideen und Konzepte gefragt. Am Beispiel einer Kampagne wird die Umsetzung konkret diskutiert.

Die Arbeitsgruppe ist kontrovers verlaufen. Der Diskussionsschwerpunkt lag in der Erläuterung von den Zielen der von dem Mädchenkollektiv (Mediengestaltung) und Christian Cordes entwickelten *Demokratiekampagne #bslove #bshate*. Fragen rund um die konkrete Umsetzung blieben offen.